

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/108

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 6

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. November 2013: >>>**Jammern auf hohem Niveau**

Energiepolitik: Stromkonzerne warnen vor Blackouts / Milliarden Gewinne trotz Atomausstieg / Bürger müssen die Zeche zahlen

Die RWE-Aktionäre mußten in den vergangenen zwanzig Jahren starke Nerven beweisen. Bis zum rot-grünen Wahlsieg 1998 ging es steil bergauf, 2003 wurde mit unter 20 Euro pro Aktie ein historisches Tief erreicht. Im Zuge der Börseneuphorie vor dem großen Crash 2008 verfünffachte sich der Aktienkurs. Seither ging es unaufhörlich bergab. Fukushima und der deutsche Atomausstieg verstärkten den Trend. Dennoch war die RWE-Dividende im Schnitt immer noch besser als jedes Sparbuch oder die staatlich gehätschelten Riester-Verträge. Wer auf Finanzwerte wie die Commerzbank vertraute, verlor sogar fast alles.

Bei 28 Euro notiert die RWE-Aktie derzeit. Und mit einer Dividendenrendite von fünf bis sieben Prozent in den vergangenen beiden Jahren liegt das Papier nur knapp hinter dem Dax-Dividendenkönig E.ON. Das könnte sich in Zukunft ändern, denn durch die massive Förderung von Ökostrom seien Kohlekraftwerke nicht mehr gewinnbringend zu betreiben, warnen die Vorstände der beiden größten deutschen Energieversorger. Einen echten Energie-"Markt" gibt es ohnehin nicht, in Wahrheit tobt ein Verteilungskampf um Subventionen und Zwangsabgaben aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Sprich: Wer streicht das meiste Geld aus Sonnen-, Wind- und Biogasstrom ein?

Für die Altlasten des in den siebziger Jahren staatlich initiierten AKW-Abenteuers sind milliardenschwere Rückstellungen in den Bilanzen verbucht. Den Löwenanteil für Rückbau und atomare Endlagerung wird ohnehin der Steuerzahler zu tragen haben. Die Chefs von zehn führenden EU-Versorgern, darunter auch E.ON und RWE, treibt derzeit eine andere Sorge um: "Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit", warnte Gérard Mestrallet, Chef des teilstaatlichen französischen Konzerns GDF Suez in einer Erklärung. Die Versorgungssicherheit sei während eines strengen Winters nicht mehr gewährleistet, mahnte RWE-Chef Peter Terium.

Ursache hierfür ist, daß konventionelle Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, während der Ökostrom mit EEG-Milliarden ausgebaut wird. Der "grüne" Strom hat aber einen großen Nachteil: er fließt nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Hinzu kommt, daß die meisten Windräder in Nord- und Mitteldeutschland, die energiehungrigsten Abnehmer aber im Süden und Westen angesiedelt sind.

"Der Netzausbau ist nicht vorangekommen - es wurden keine neuen Leitungen errichtet. Es wurden auch keine zusätzlichen Kraftwerke gebaut", klagte der Chef des Stromnetzbetreibers

Tennet, Martin Fuchs, im Münchner Merkur. "Die Gefahr eines Stromausfalls ist eher noch gestiegen, weil jetzt in Süddeutschland zwei Gaskraftwerke nicht mehr für den regelmäßigen Einsatz zur Verfügung stehen."

Diese Kraftwerke sind aber unverzichtbar, um bei Flaute des Ökostroms schnell Ersatz liefern zu können. Zusätzliche Stromleitungen sind nötig, um bei hohem Windstromangebot diesen nach Südwesten zu transportieren. Im Februar dieses Jahres hätten bereits Zwangsabschaltungen gedroht: "Damals waren die Kraftwerkskapazitäten komplett ausgeschöpft. Wäre ein Kraftwerk ausgefallen, hätten wir Verbraucher vom Netz nehmen müssen."

Für den Netzausbau seien "schlanke und zügige Genehmigungsverfahren" unabdingbar. Eine Stromautobahn von Nord- nach Süddeutschland würde zwei bis drei Milliarden Euro kosten. "Ein flächendeckender Stromausfall kostet allerdings innerhalb weniger Stunden Milliarden. Die Versorgungssicherheit sollte uns eine solche Investition wert sein", so der Tennet-Chef, der mit "uns" wahrscheinlich den Steuerzahler meinte.

Konzernkritiker fragen daher, warum E.ON, RWE & Co. ihre Milliarden-Gewinne nicht in den Netzausbau investierten. Die Energiewende dient manchem Manager als willkommene Ausrede, um von eigenen Fehlern abzulenken. "Unser traditionelles Geschäftsmodell bricht uns unter den Füßen weg", konstatierte RWE-Chef Terium im Manager Magazin und sah sich angesichts des massiven Ergebniseinbruchs im "Tal der Tränen". E.ON-Chef Johannes Teysen klagte über "Verwerfungen des Marktes", doch die waren seit Inkrafttreten des EEG vor 13 Jahren klar absehbar, denn keine der Bundestagsparteien war bereit, an den Tabuthemen "Klimaschutz" und "Reduzierung des CO₂-Ausstoßes" zu rütteln.

Massenentlassungen sollen die angeschlagenen Bilanzen halbwegs retten. Verschwiegen wird dabei, daß die Gewinneinbrüche auf hohem Niveau erfolgen. RWE verbuchte in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Vorsteuergewinn von mehr als neun Milliarden Euro. Für 2014 wird immer noch mit einem Plus acht Milliarden Euro gerechnet. Auch GDF Suez glänzt mit einer attraktiven Dividendenrendite. Und E.ON zählt inzwischen zu den weltgrößten Betreibern von Windkraftanlagen. Insofern ist es wohl weit besser, Stromkonzernaktionär als Stromkunde zu sein.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):
>>**Verrat an der Freiheit**

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch "Raus aus dem Euro. Rein in den Knast", welches im März 2013 erschien.

Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz - nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren "Ulfkottes" schon kennen.

Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dummlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf

der Feigheit laut: Viele Menschen wüßten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie "Waschlappen" und "Hossenscheißer".

Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluß daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in punkto Wirtschaft und Finanzen, die mittlerweile dazu geführt hat, daß der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird - sei es durch die "Umverteilungskartelle" hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und anderswo.

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175.000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden."

Michael Brückner und Udo Ulfkotte: "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdictatoren", ... Rottenburg 2013 ...<<

Die Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt" berichtete am 30. Januar 2014: >>"Die Energiewende-Politik beenden"

von Dr. Klaus Peter Krause

Ein *Energiepolitisches Manifest* stellt dar und begründet, warum das notwendig und unausweichlich ist - Die beiden Sargnägel - Eine Chance für die AfD

Die deutsche "Energiewende" ist zu einer sinnentleerten Politik geworden. Die Bundesregierung und ihre Parteien halten nur noch aus Furcht vor der völligen Blamage und aus Angst vor den Medien (und den Gewinnern dieser Politik) an ihren irrealen Plänen fest. Mit kosmetischen Korrekturen (siehe Koalitionsvertrag der neuen Regierung aus Union und SPD) versuchen sie, sich über die Runden zu retten, wohl wissend, daß der Preis, den Bürger und Wirtschaft für die mutwillige Stromverteuerung und für die Folgen dieser Verteuerung in allen Lebensbereichen zahlen müssen, mit jedem weiteren verlorenen Monat nur noch weiter steigt.

Anscheinend wartet die Politik mit einer radikalen Kurskorrektur noch so lange, bis Arbeitslosigkeit, Energiearmut und die Abwanderung der Industrie völlig unerträglich geworden sind. So steht es sinngemäß im Vorwort eines Papiers mit dem Titel "*Energiepolitisches Manifest*". Verfaßt haben es die Diplom-Ingenieure Günter Keil, Michael Limburg und Burkhard Reimer. Sie fordern dazu auf, die Energiewende-Politik zu beenden, und tragen in ihrem "Manifest"

die Argumente dafür vor.

Das *Manifest* enthält, was Politik und Medien mitzuteilen verweigern

Im Vorwort heißt es ist ferner: "Am 16. Dezember 2013 hat die Diskussion über die Energiepolitik eine neue Qualität bekommen: An diesem Tag hielt der Direktor des Münchner ifo-Instituts Prof. Dr. Hans-Werner Sinn einen Vortrag im Audimax der Universität München mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Noch nie zuvor hat ein führender Ökonom derart präzise und kompromißlos die katastrophalen Fehler der Energiewendepolitik analysiert und deren ebenso katastrophale Folgen demonstriert. Die Aussagen von Prof. Sinn zu den verschiedenen Teilthemen werden in den entsprechenden Kapiteln dieses Papiers zitiert.

Die hier vorgelegte Arbeit behandelt die Wirkungen der bisherigen Energiepolitik in den verschiedenen Sektoren der Energiewirtschaft und in weiteren betroffenen Bereichen - mit Vorschlägen für die zu ergreifenden Maßnahmen. Die Autoren erhoffen sich damit, den Lesern eine umfassende und von keinerlei ideologischen Scheuklappen eingeschränkte Sicht der Wirklichkeit zu vermitteln, die ihnen bisher von den Medien und auch von allen im Bundestag vertretenen politischen Parteien verweigert wird."

Warum die Energiewende unabwendbar scheitern wird

Für die *Manifest*-Verfasser ist es "Tatsache, daß Reformen im Sinne von Verbesserungen nicht mehr helfen können. Der Grund dafür liegt in zwei für die Energiewende tödlichen Fehlern ihrer Konstrukteure, wobei jeder der beiden Fehler für sich allein ausreicht, um die Energiewende unabwendbar scheitern zu lassen."

Der erste Fehler: Ignoranz gegenüber Physik und Elektrotechnik

Den ersten Fehler sehen die Verfasser in der "Ignoranz gegenüber den Gesetzen der Elektrotechnik". Er liegt "darin, daß die Regierung mit ihren Plänen zur immer stärkeren Stromversorgung Deutschlands mit den völlig ungeeigneten, unzuverlässigen und dazu noch teuren Techniken Windstrom und Solarstrom das Problem der dafür erforderlichen, aber nicht im Entferntesten vorhandenen Stromspeicher übersehen bzw. nicht begriffen hat. Sie muß das jetzt erkennen und die bittere zusätzliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es auch in den nächsten 30 Jahren keine einzige quantitativ ausreichende und zudem auch noch bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird und geben kann, egal, welche verspäteten und z.T. fragwürdigen Entwicklungsprojekte jetzt in aller Hektik begonnen werden.

In der Folge wird die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit dramatisch abnehmen - mit desaströsen Folgen für die Wirtschaft. Die zu 99 % fehlende und praktisch nicht zu steigernde Stromspeicher-Kapazität (35 Pumpspeicherwerke statt deren 3.500) ist absolut tödlich für die gesamte Energiewendepolitik."

Der zweite Fehler: Unbegreifliche Unterschätzung der Kosten

Der zweite Fehler liegt für die Verfasser "in der ebenfalls unbegreiflichen Unterschätzung der Kosten für die Umsetzung der Energiewendepäne. 'Das EEG wurde vermutlich von niemandem zu Ende gedacht und zu Ende gerechnet', kommentierte der Analyst Guido Hoymann vom Bankhaus Metzler.

Alle Berechnungen zu den mit jedem Jahr weiter steigenden Kosten für immer mehr Windräder und Photovoltaikanlagen, für Biogasanlagen, für den riesigen Ausbau zunächst des Höchstspannungsnetzes und danach der noch viel größeren unteren Netzebenen, die gigantischen Offshore-Investitionen führen bereits zu Billionen-Beträgen. Dazu kommt aber noch die bald unvermeidliche Subventionierung der unverzichtbaren Kohle- und Gaskraftwerke, ebenso der Pumpspeicher-Kraftwerke und selbst der verbliebenen Kernkraftwerke - weil die Überförderung der sogenannten erneuerbaren Energien und ihr EEG-garantierter Einspeisezwang diese Kraftwerke unwirtschaftlich gemacht hat.

Deshalb bekommt Deutschland als logisches Ergebnis der Energiewendepolitik ein doppeltes und auch doppelt unrentables Stromerzeugungssystem - die hochsubventionierten "Erneuerba-

ren" und die dann notleidenden und gleichfalls subventionierten "Konventionellen". Das muß die Strompreise weiter in die Höhe treiben."

Am Ende werden Billionen Euro verloren sein

Abschließend heißt es: "Um den Exodus der Industrie etwas zu verlangsamen, wird man die energieintensiven Unternehmen ebenfalls finanziell unterstützen müssen und ebenso viele der von den extremen Energiekosten überforderten Bürger. Weil gleichzeitig wegen der Industrieabwanderung die Steuereinnahmen sinken und die Arbeitslosigkeit steigt, verschlechtert sich die Lage weiter. Wie viele Billionen am Ende für diesen wirtschaftlichen Selbstversuch eines Industrielandes verloren sein werden, ist nicht abschätzbar. Sicher ist nur, daß dies der zweite Sargnagel für die Energiewende ist."

Aber noch ist eine Umkehr nicht in Aussicht - Eine Chance für die AfD

Die Verfasser des Manifests bezwecken und hoffen, mit ihrem Papier eine vorzeitige Umkehr wahrscheinlicher zu machen, bevor der Schaden unübersehbar geworden sei. Leider aber zeige der Koalitionsvertrag, daß es bei der neuen CDU/CSU-SPD-Regierung nicht einmal die Hoffnung auf eine halbwegs wirksame und schon gar nicht auf eine radikale Reform gebe. Von anderen Parteien seien erst recht keine derartigen Forderungen bekannt. Noch trifft das auch auf die junge Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) zu. An ihrem Parteiprogramm arbeitet sie noch.

Vielleicht rafft sie sich in dessen Fortgang dazu auf, in der Energiepolitik eine entschieden gegenteilige Position zum Kartell der Altparteien zu vertreten. Das könnte dann für sie - neben ihren Angriffen gegen die Euro-Rettungspolitik - ebenfalls ein Alleinstellungsmerkmal sein. Starke innerparteiliche Bestrebungen dazu gibt es, aber auch noch Widerstände, darunter in Teilen des AfD-Bundesvorstandes.

Das *Manifest* ist (mit 57 Quellenhinweisen und zwei kurzen Anlagen) 33 Seiten lang. Der Wortlaut des ganzen Textes hier: kpkrause.de/wp-content/2014-01-29-Energiepolitisches-Manifest.pdf<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft

Die Energiewende hält er für "Käse" und Windräder findet er "schrecklich": Ifo-Chef Sinn wettet, daß Deutschland zur Atomkraft zurückkehrt. Die Angst vieler Bürger davor findet er "irrational".

Ifo-Chef Hans-Werner Sinn plädiert dafür, die deutschen Atomkraftwerke nicht abzuschalten und die Förderung regenerativer Energien einzustellen. Sein Argument: Deutschland wird seinen Kohlendioxid ausstoß nicht wie geplant verringern können, wenn es auf Wind- und Sonnenenergie setzt und gleichzeitig seine Atomkraftwerke abschaltet. Das sei aus ökonomischen Gründen nicht möglich, erklärte er bei einem Symposium der Handelskammer für München und Oberbayern.

"Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten.

"Auf Atomenergie zu setzen, ist kurzsichtig. Denn dazu müßten die alten Meiler nachgerüstet und viele neue Meiler gebaut werden. Damit wird Atomenergie die teuerste aller klimaneutralen Technologien", sagt Martin Faulstich, der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung. Faulstich ist Professor für Umwelt- und Energietechnik an der TU Clausthal, Leiter des dortigen CUTEC Instituts und zudem Mitglied des Kuratoriums des Ifo-Instituts.

Methanisierung als Alternative

Sinns Rechnung geht hingegen so: Ja - Deutschland muß seinen Kohlendioxidausstoß reduzieren, aber das klappt mit erneuerbaren Energien nie. Er rechnet vor: Derzeit decken fossile Energieträger rund 85 Prozent unseres Endenergiebedarfs, regenerative kamen 2012 gerade einmal auf drei Prozent.

Es könnte mehr sein, aber dazu müßte man es schaffen, die Windstromspitzen zu nutzen, also das Stromangebot über eine Zwischenspeicherung zu glätten. Aber dafür müßten mindestens 400 Pumpspeicherwerke gebaut werden. "Dagegen würden sich sicher Proteste in der Bevölkerung erheben", sagt Sinn und fügt hinzu: Von dem Geld könnte man mehrere Atomkraftwerke bauen.

Eine Alternative zu Pumpspeicherwerken wäre die Zwischenspeicherung in Form von Methan (Methanisierung). Dabei würde mit dem Windstrom per Elektrolyse aus Wasser Wasserstoff hergestellt und in einem nächsten Schritt Methan. Das wird gespeichert und in windarmen Zeiten in Kraftwerken zur Stromerzeugung verbrannt. Das Problem dabei ist der niedrige Wirkungsgrad von 0,25. Das bedeutet: Der Strom ist nach einem solchen Kreislauf vier Mal so teuer wie zuvor. "Das geht nicht", sagt Sinn.

Wobei die Frage ist: Das Vierfache wovon? Langfristig nämlich ist Windstrom vielleicht nicht umsonst, aber doch viel billiger als aus Gas oder Kohle hergestellter. "Der Wirkungsgrad alleine ist kein hinreichendes Kriterium, wichtiger sind die Erzeugungskosten", sagt Faulstich.

Sinn fürchtet um seine Heimat Ostwestfalen

Ein nächster Kritikpunkt Sinns sind Flächenverbrauch und "Landschaftsverchandlung". Eine Fläche von der Größe mehrerer Wattenmeere müßte Deutschland mit Windrädern bedecken, wollte es fossile Energieträger durch regenerative ersetzen, behauptet Sinn. Daß die Windräder gar nicht ins Wattenmeer gebaut werden, stört ihn dabei nicht.

Nach Aussagen von Martin Faulstich könnte Deutschland in der Nordsee rund 7.000 Windkraftanlagen aufstellen, was wegen der dort herrschenden Winde ein großer Beitrag wäre, um die Stromversorgung Deutschlands abzusichern. Der Vorsitzende des Umweltsachverständigenrats weist zudem darauf hin, daß auch die anderen Nordseeränder Windkraftanlagen bauen.

Die Nordsee hätte zudem den Vorteil, daß das bei einer Methanisierung anfallende Gas in konventionellen Erdgaslagerstätten unter dem Meeresgrund oder an Land gespeichert werden könnte.

Hans-Werner Sinns Kritik an Landschaftsverchandlung durch Windräder ist recht selektiv: "Schrecklich" findet es der gebürtige Ostwestfale, daß seine Heimat neuerdings wegen der vielen Windräder wie das Ruhrgebiet aussieht - "da wollten wir nie dazu gehören", sagt er. Pech für den, der im Ruhrgebiet wohnt.

Der Münchener Ökonom ist nicht zimperlich, wenn er glaubt, im Recht zu sein. Das war bei den Target2-Salden so, als er einigen Ländern ein Ausscheiden aus der Euro-Zone nahelegte, und das ist bei der Energiewende auch so, die er schon mal als "Käse" bezeichnet. Daß er damit gegen die Mehrheit der Bevölkerung und speziell den linken Zeitgeist anredet, scheint Sinn nicht abzuschrecken, sondern eher zu beflügeln.

Deutsche neigen zur Ideologisierung

Die Anwesenheit von Publikum spornt Sinn an, seine fundierten ökonomischen Urteile mit populistischen Seitenhieben zu garnieren, die sich in seinen schriftlichen Darlegungen gar nicht finden. So behauptet er, wenn man bei der Nutzung von Windstrom per Methanisierung unterstützend auf russisches Erdgas zurückgreife, dann sei man ja wieder bei fossilen Energien und dann könne man auch gleich bei Kohle bleiben. Auf Nachfrage gibt er dann zu, daß der CO₂-Abdruck von Gas nur halb so groß ist wie der von Kohle.

Manchmal wird es regelrecht lustig. Etwa, wenn Hans-Werner Sinn gegen die Idee einer intelligenten Abstimmung von Stromerzeugung und -verbrauch ("smart grid") anführt, in einem Smart-Grid-Haus könne die Waschmaschine nur laufen, wenn man nicht zu Hause sei: "Das wird manchen Leuten schwer fallen", sagt er. Sicher - aber andere Leute machen das schon heute und zwar ständig.

Wie komme es nur, daß die Energiewende trotz der höheren Strompreise eine so hohe Zustimmung in der Bevölkerung genieße, fragt die Moderatorin der Veranstaltung. Die Deutschen neigten eben zu Ideologisierung und seien nicht so pragmatisch wie die Angelsachsen, antwortet Sinn. Sie hätten den Sozialismus erfunden und noch einige anderen -ismen. "Na das ist doch toll", versucht die Moderatorin zu scherzen. "Nein, überhaupt nicht toll", gibt Sinn zurück - weil es sachfremd sei.

Vom bayerischen Mittelstand, der unter steigenden Strompreisen leidet, erntet der Münchener Ökonom mit seinen Thesen Beifall. Die in Gestalt eines Staatssekretärs und eines Ministerialdirigenten ebenfalls anwesende bayerische Staatsregierung lächelt zu seinen Thesen gequält.

Wirtschaft stört sich am Strompreis

Zwar hat mit dem Chemiekonzern Wacker gerade ein Unternehmen erklärt, daß es nun doch nicht im heimischen Burghausen, sondern wegen der niedrigen Strompreise in den USA investieren wird, doch ist die große Koalition in Berlin noch in den Flitterwochen und die Vorschläge des SPD-Politikers Sigmar Gabriel zur Reform der Energiewende nicht so schlecht. Da will man den Frieden nicht durch Zwischenrufe aus München stören.

"Sie müssen sich das vorstellen wie einen Fernsehabend bei der Familie Pschierer, wenn meine Frau Rosamunde Pilcher schauen will und ich den Western oder einen Tatort", erläutert der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Franz Josef Pschierer das Innenleben von Schwarz-Rot. Nur daß die Familie Pschierer im Gegensatz zur großen Koalition zwei Fernseher hat, wie er hinzufügt.

Für die bayerische Staatsregierung ist das Thema Energie insgesamt keines, mit dem sie sich bei ihren Wählern beliebt machen kann. "Wir sind in der Lage, daß seit Fukushima keiner mehr etwas von Atomkraftwerken wissen will, daß aber auch keiner ein Windrad vor dem Haus will und keine übergroße Biogasanlage und Fracking sowieso nicht und Wasserkraft vielleicht, aber dann nur mit Fischtreppe für die Bachforelle", klagt Pschierer.

Die anwesenden Wirtschaftsvertreter stört vor allem der Strompreis. Heinrich Traublinger, der Präsident des Bayerischen Handwerkstags, rechnet vor, daß die EEG-Umlage von 0,2 Cent im Jahr 2000 auf 6,24 Cent in diesem Jahr gestiegen ist. "Steuern und Abgaben machen schon knapp unter 60 Prozent des Strompreises aus, in Österreich sind es nur 28 Prozent", sagt er.

Martin Faulstich, der Chefumweltberater der Bundesregierung, gibt zu, daß "die Erneuerbare-Energie-Umlage ein unglückliches Konstrukt ist". Berechnet wird sie aus der Differenz der den Betreibern zugesagten festen Einspeisevergütung und dem an der Börse zu zahlenden Strompreis. "Die Erneuerbaren sorgen dafür, daß der Börsenpreis sinkt, und das läßt die Umlage steigen." Zahlen müssen die Umlage alle Haushalte sowie alle Unternehmen, die nicht befreit sind.

Eigentlich sollten das nur im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen mit hohen Stromkosten sein. Tatsächlich sind es aber auch Kiesgruben, Braunkohletagebaue und andere Firmen. Im Ergebnis ist die Umlage von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu tragen. Kein Wunder, daß Traublinger und seine Leute auf die EU-Kommission hoffen, die in den Befreiungen eine unerlaubte Beihilfe sieht und sie verbieten will.

Um 13 Milliarden Euro habe die Förderung der Erneuerbaren die Stromrechnung im Jahr 2013 erhöht, sagt Hans-Werner Sinn und witzelt mit Blick auf ein anderes Lieblingsthema: Mancher meine angesichts der Rettungsschirme vielleicht, daß es darauf auch nicht mehr ankomme.

Sinn wettet auf Fortbestand der AKW

Damit kommt er beim Publikum besser an als Staatssekretär Pschierer, der den Anwesenden mit Blick auf die Energiewende mitteilen muß:

"Es wird kein Roll back geben, die Energiewende ist beschlossen." Dabei haben die Bayern durchaus ihre Probleme mit der Energiewende, die unter anderem auf einem stärkeren Strom-austausch über Staatsgrenzen hinweg basiert.

Zumindest bei der Grundversorgung wollen sie sich nämlich nicht aufs Ausland verlassen, nicht mal auf Nordrhein-Westfalen. "Ich nehme das Wort Autarkie nicht in den Mund, aber Frau Aigner und ich streben schon ein gewisses Momentum bei der Eigenversorgung an", sagt Pschierer unter Verweis auf Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Sein zuständiger Ministerialdi-riгент Bernhard Schwab wird später ergänzen: "Unser Verständnis von Versorgungssicherheit ist ein gleichmäßig verteilter Kraftwerkspark. Zugleich wollen wir die Strombrücke durch Thüringen."

Hans-Werner Sinn dagegen muß sich nicht darum kümmern, ob eine Sache parlamentarisch beschlossen ist oder nicht. Er wirbt unverzagt für die allseits unbeliebte Atomkraft: "Ich wage zu behaupten, daß sich Deutschland von diesem Kurs abwenden wird und zur Atomkraft zu-rückkehren wird - die Abschaltung der Atomkraftwerke ist noch nicht gesichert", sagte er Mit-te Dezember bei der erstmaligen Vorstellung seiner These von der "Energiewende ins Nichts". Sinn bietet Wetten darauf an, daß die letzten Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden.

Als Vorbild hält der Ökonom den Deutschen die Chinesen vor, die den in Deutschland ent-wickelten Kugelhaufenreaktor bauen wollen. "Jeden Monat wird in China ein neues Atom-kraftwerk in Betrieb genommen", sagt er. Die Angst seiner Landsleute vor der Atomkraft hält Sinn für irrational: "Die deutschen Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt. Ihre Sicher-heit hat sich seit Fukushima nicht verändert", sagt er.

"Haben sie nicht manchmal die Befürchtung, kein Recht zu haben?", fragt die Moderatorin gegen Ende der Veranstaltung. Sinn überhört den ironischen Unterton und antwortet: "Ich lie-be mein Volk, aber ich fürchte, daß es so ist: Wir erfinden Ideologien und erwarten, daß die anderen hinterherlaufen."<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 17. März 2014: >>PC-Opfer - Für die neue Rechte ist Deutschland ein totalitärer Staat

Kolumne: Zwischen den Zeilen. Sie sprechen von "EU-Diktatur", "Ökofaschismus" und "Blockparteien". Die Feinde vermeintlicher political correctness fühlen sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen leidet vor allem die Sprache

Die Sprache ist immer zu allererst bedroht. Sie ist Träger und Mittler des Denkens, Seismograph für gesellschaftliches Klima und politischen Wandel. Sprache verbalisiert Gedanken. Das Gesagte oder zu Papier Gebrachte verändert wiederum das Denken. Wir ge-wöhnen uns. Desensibilisieren. Die Geschichte zeigt: Gesellschaften, die zu autoritären wurden, haben zuallererst den Kampf um die Sprache verloren.

Unlängst hat eine Sprache in die politische Debatte Einzug erhalten, die eine ganz eigene Geschichte von bundesrepublikanischer Realität erzählt. Es sind die Feinde vermeintlicher *political correctness*, die sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht fühlen. Diese PC-Opfer verstehen sich als Kämpfer gegen eine alles tabuisierende politische Korrektheit. Die Sprache zumindest haben sie längst enttabuisiert: Sie sprechen von "Blockparteien", "gleichgeschalteten Medien", "Tugendterror", "Ökofaschismus", "EU-Diktatur" oder der "EUdSSR".

In ihrer Erzählung wird die Politik beherrscht von Blockparteien, an deren Spitze eine SED-sozialisierte, schwarz lackierte Sozialdemokratin Namens Angela Merkel herrscht. Die Medien sind deren Erfüllungsgehilfen, Grün wählende links-liberale Kampagnenjournalisten.

Die politische Kultur ist von Gutmenschen diktiert. Gesteuert wird alles aus Brüssel. Eurodikatur pur.

Was für ein schreckliches Land. Inmitten einer schrecklichen Welt.

Als phantasiebefreite Satire ist diese Wahrnehmung vielleicht noch erträglich. Doch die PC-Opfer meinen es ernst. Humor ist ihre Sache nicht. Sie zeichnen ein Bild, das der Realität so nahe steht, wie Putin der Demokratie. Würde man sie wörtlich nehmen, dann wäre Deutschland ein durch und durch totalitäres Land - und die gute alte DDR im Vergleich dazu eine Art Feierabenddiktatur.

PC-Opfer sind längst Mainstream

Kein Zweifel: Dieses Land verändert sich. Es darf wieder alles gesagt werden. Die PC-Opfer haben längst die Kommentarspalten, die Anonymität des Netzes, hinter sich gelassen. Heran wächst eine immer lauter werdende Minderheit, die den Stammtisch unlängst ins bundesrepublikanische Festzelt getragen hat. Sie verwenden eine Sprache und jonglieren mit Thesen, die noch bis vor ein paar Jahren unmöglich in der veröffentlichten Meinung hätten verhandelt werden können. Die Anti-PC-Bewegung hat die Republik enttabuisiert, ohne dabei wirklich ein Tabu zu brechen. Was sie aber brechen, sind die ungeschriebenen Gesetze des demokratischen Diskurses.

Die jüngsten Debatten um die Thesen von Matthias Matussek oder Sibylle Lewitscharoff sind nur die in der breiten Öffentlichkeit sichtbar gewordenen Spitzen dieser Radikalisierung von Sprache und Diskurs. Beide Fälle eint die Art und Weise einer Diskussionskultur, auf deren Grundlage ein tatsächlicher Diskurs nur schwerlich möglich ist. Lewitscharoffs Einwürfe beispielsweise helfen einer notwendigen Debatte um künstliche Befruchtung nicht, wenn das Totschlagargument der Widernatürlichkeit ins Spiel kommt.

Gleiches gilt für Matusseks Widernatürlichkeitspostulat in Bezug auf Homosexualität. Es geht nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die Wortwerdung eines diffusen Gefühls, um das Verkünden von Wahrheiten. Träger ist eine Sprache, die beißt, gleichsetzt, diffamiert und radikalisiert.

Es soll nicht nur wieder alles gesagt werden dürfen, sondern auch am besten ohne Widerspruch. Denn obwohl die PC-Opfer alles sagen, beschweren sie sich gleichzeitig über fehlende Meinungsfreiheit. Sarrazin ist die bekannteste Verkörperung dieser Paradoxie. Obwohl er über alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle sendet, fühlt er sich gleichzeitig zensiert und ausgegrenzt. Jan Fleischhauer hat das treffend kommentiert:

"Wenn so Meinungsterror in Deutschland aussieht, wären viele Leute auch gerne mal betroffen. Dann wären sie heute Millionäre." Und: "Das PC-Opfer ist die rechte Gegenfigur zum linken Minderheitendiskurs. Was in dem einen Fall das Patriarchat, die herrschenden Eliten oder ganz allgemein das System, sind im anderen die Wächter der Political Correctness."

So erzeugt die Anti-PC-Bewegung letztlich genau das, was sie eigentlich zu bekämpfen gedachte. Sie erzeugt durch ihr dogmatisches Verständnis von Diskurs eine moderne Kultur des Denkverbotes. Die PC-Opfer rufen Meinungsfreiheit und meinen die Freiheit von Gegenmeinung und Widerspruch. Ihre Haltung ist die typische Opferhaltung. Diese Selbstviktimisierungstendenz ist das sie alle einende Charakteristikum.

Es ist die typisch reaktionäre Ressentiment-Bildung, wie man sie in der Sozialwissenschaft als Reaktion Privilegierter auf den Verlust von Macht kennt. PC-Opfer neigen beispielsweise dazu, den im Zuge von Gleichstellungsmaßnahmen einhergehenden Privilegienabbau mit Diskriminierung zu verwechseln. Sie fühlen sich als Opfer der Opfer. Doch dahinter steht die Angst vor Abstieg.

Eine Typologie der Politisch Unkorrekten

Der Alt-68er: Er ist der Seitenwechsler. Weil er seine politische Position über den Marsch

der Institutionen in die gesellschaftliche Mitte getragen hat, will er jetzt nicht länger Mainstream sein. Gelangweilt von seiner über Jahrzehnte hinweg postulierten Position, will er erneut anecken. Alan Posener hat das jüngst trefflich beschrieben: "Und siehe da, so wie sie früher "Kacke" und "Pisse" sagen wollten, wollen sie heute "Neger" und "Zigeuner" sagen. ... Ausgerechnet die *rebels without a cause*, die im Zweifel gegen antiautoritäre Erziehung, Kuschelpädagogik und Spaßunterricht zu Felde ziehen, deren Opfer sie geworden sind, beklagen die Existenz einer Erziehungsdiktatur in Gestalt gesellschaftlicher Tabus."

Der Nationalbolschewist: Er ist zutiefst antiliberal, antimodern und antikapitalistisch. In Anlehnung an Ernst Niekisch und die konservative Revolution zu Zeiten der Weimarer Republik verbalisiert er eine auf Nation und Volk setzende Kapitalismuskritik, die einer einfachen Dichotomie von gut und böse folgt. Den bösen Kapitalisten wird das gute, arbeitende Volk gegenübergestellt. Dabei wird der Kapitalismus nicht systemisch kritisiert, sondern personifizierend und verschwörungstheoretisch abgehandelt - als etwas, das wie eine Naturgewalt von außen über den Menschen hereinbricht. Die Kritik richtet sich vor allem gegen Banker, Manager und Heuschrecken.

Der Hardcore-Katholik: Vor allem die damalige Wahl Ratzingers zum Papst hat dieser Spezies enormen Auftrieb gegeben. Ratzingers These von der "Diktatur des Relativismus" ist ihr Leitmotiv. Die Keimzelle einer Gesellschaft ist die traditionelle Familie, repräsentiert durch Mann und Frau. Homosexualität wird als unnatürlich diskreditiert, Gleichstellung als Genderterror verurteilt. Der Islam wird als faschistische Ideologie abgelehnt.

Der Konservativ-Libertäre: Er lehnt den Staat ab, spricht gerne von Eigenverantwortung und Freiheit. Steuern sind für ihn Diebstahl. Die EU begreift er als bürokratisches Monstrum, das die Völker Europas gegen ihren Willen homogenisiert.

Die PC-Opfer formieren in ihrer Heterogenität ein diffuses Themenwirrwarr aus reaktionärer Gesellschaftspolitik, libertärer Wirtschafts- und Finanzpolitik, gepaart mit einer tendenziellen Ablehnung des Staates und supranationaler Organisationen. Die PC-Opfer-Front verläuft nicht mehr entlang traditioneller, sondern quer durch alle politischen Lager und erinnert in ihrer fundamentalistischen Ausrichtung an die amerikanische Tea-Party-Bewegung.

Ihr politischer Arm ist die AfD. Dort fühlen sich die politisch Inkorrekten zuhause. Gerade jüngere Entwicklungen innerhalb der Partei macht die AfD für PC-Opfer besonders attraktiv. Die Signale sind eindeutig: Parteichef Bernd Lucke verkündete jüngst, er sei kein Liberaler. Liberale Größen wie Dagmar Metzger ziehen sich aus zentralen Positionen der Partei zurück, währenddessen "die Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland", Beatrix von Storch, an Einfluß gewinnt. Gleichzeitig rücken Themen wie Familie und Integration immer mehr in den Fokus. Die Anti-Europartei verwässert ihr Eurothema zugunsten einer breit angelegten thematischen Ausrichtung und einer damit einhergehenden Positionierung rechts von der CSU.

Interessanter Nebeneffekt dieser Entwicklung: Gemäßigte Linke fangen an, das System zu verteidigen, gegen das sich die Rechte nun positioniert. Linke werden zu Bewahrern. Die reaktionären PC-Opfer werden zur neuen APO. Dabei ist die neue rechte Reaktion sichtlich bemüht, auf ihrem Weg in die gesellschaftliche Mitte so allerhand Rechtes, Linkes und Abgehängtes einzusammeln. Liegen bleibt dabei vor allem eines: die Sprache.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Mai 2014: >>**Bundesregierung ohne Mitspracherecht: USA modernisieren Atomwaffen**

Die Bundesrepublik hat kein Mitspracherecht bei der Stationierung und Modernisierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Darüber habe es "keine Verhandlungen" gegeben, teilte die Bundesregierung nach Angaben der *Rheinischen Post* auf eine Anfrage der Grünen mit.

Hintergrund ist die Ankündigung der amerikanischen Regierung, ihre Atomwaffen in

Deutschland zu modernisieren. Dazu sollen ab 2020 neue Kernwaffen des Typs B61-12 in der Bundesrepublik stationiert werden.

Grünen werfen Bundesregierung Heuchelei vor

Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte die Pläne. Diese dienten dazu, "die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfaßten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten".

Die Grünen warfen der schwarz-roten Koalition nun ein "doppelzüngiges Spiel in Sachen Atomwaffen" vor. Daß die Bundesregierung weder informiert wurde, noch nachgefragt habe, sei "nicht nur peinlich, sondern auch verantwortungslos", kritisierte die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Juni 2014 (x892/...): >>**Schwulenfahnen an deutschen Ministerien**

Offensichtlich um deutlich zu machen, wer in Deutschland die Herrschaft hat und unter welchen Zeichen die "Familienpolitik" steht, hat die linke sogenannte "Bundesfamilienministerin" Manuela Schwesig vor "ihrem" Ministerium die Schwulenfahne hissen lassen. Dabei ließ sie es sich nicht nehmen, eigenhändig die Fahne vor ihrem Ministerium zu hissen. Der darauf folgende Ärger war sicher einkalkuliert; dies gehört zu den Methoden des Tabubruchs, mit denen die Homobewegung die Gesellschaft zerstören will. Schwesig ist allerdings nicht die Einzige.

Auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die vergangenen Dezember die Beziehung zu ihrer Lebenspartnerin öffentlich gemacht hat, wollte mit einer Regenbogenfahne vor ihrem Ministerium "ein Zeichen der Toleranz" setzen. Dies sollte zugleich als Unterstützung dienen für die am vergangenen Wochenende von allen Medien sehr beachtete große Schwulen- und Lesben-Parade zum Christopher Street Day (CSD).

Regenbogen-Farben statt Schwarz-Rot-Gold am Fahnenmast vor einem Bundesministerium - das war dem Koalitionspartner CDU/CSU dann doch zu viel.

Das Innenministerium von Minister Thomas de Maizière (CDU) schritt ein, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe verhängte kurzerhand ein Flaggenverbot.

In einem Schreiben, das an alle Ministerien ging und der "taz" vorliegt, verweist Rogall-Grothe auf den "Beflaggungserlaß".

"Andere Flaggen als die Bundesdienstflagge, die Bundesflagge, die Europaflagge, die Flaggen der Länder und Flaggen der Gemeinde bzw. Gemeindeverbände dürfen nur mit Genehmigung des Bundesministeriums des Innern gesetzt werden", heißt es in dem Brief.

Und die Genehmigung für die Regenbogenflagge werde nicht erteilt. Nur so sei eine "bundesstaatliche Neutralität" gewährleistet, heißt es in der Begründung.

Doch die beiden linksradikalen SPD-Ministerinnen wollen so schnell nicht klein begeben. Ein Sprecher des Umweltministeriums erklärte: Die Fahne werde wieder wehen und für den Rest der Woche auch oben bleiben.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2014 (x892/...): >>**Angriff auf die Familie: SPD will Familie verstaatlichen**

Eingeleitet durch das linke Zentralorgan DER SPIEGEL hat der Kanzlerkandidat der Sozis, Steinbrück, die vollständige "Überprüfung" aller staatlichen Leistungen für die Familie für den Fall seiner Wahl angekündigt. Nach wirtschaftlich-kapitalistischen Maßstäben habe die Familienpolitik "völlig versagt", so die Studie von Wissenschaftler, von der DER SPIEGEL behauptet, es sei eine Regierungsstudie, was die Regierung aber dementierte. Steinbrück will deshalb die Leistungen der Staates nicht an Familien zahlen, sondern in "strukturelle Maßnahmen" investieren, d.h. die staatliche Betreuung von der Wiege bis zur Bahre, wie in der DDR, durchsetzen.

Die angebliche "wissenschaftliche Studie" untersucht die staatlichen Familienleistungen ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dieses rein materialistisch-kapitalistische Denken ist seit Jahrzehnten in der Linken (einschließlich "C"DU) üblich geworden. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, daß die Familie als vorstaatliche, naturrechtliche Institution nicht dazu da ist, den wirtschaftlichen Nutzen zu mehren, sondern das der Staat dazu da ist, die Entfaltung und der Selbständigkeit der Familie zu dienen. Seit Jahrzehnten kämpfen die Linken auf allen Ebenen und allen Politikbereichen gegen die Familie.

Die Familien sind kaum in der Lage sich gegen diese staatlichen Angriffe zu wehren. Deshalb sind alle Menschen guten Willen aufgerufen, jetzt diesen familienfeindlichen Staat anzugreifen, der seine eigene Existenzgrundlage zerstört.

Ziel der Sozis nach der Machtübernahme ist die mittelfristige Abschaffung des Kindergeldes, des Ehegattensplittings und aller weiteren Leistungen für die Familien, die diese ja keineswegs als Almosen bekommen, sondern die ihnen im Gegenteil zustehen, da die ungeheure Leistungen für das Gemeinwohl des Staates erbringen und zugleich über die Steuer ausgeplündert werden. An jedem Kind verdient der Staat z.B. 77.000 Euro.

Viel gerechter wäre es freilich, wenn man den Familien nicht erst das Geld raubt, daß sie verdient haben um es anschließend umzuverteilen, sondern wenn man die Familien gleich von Anfang an gerecht besteuert. Doch dies würde den staatlichen Einfluß auf die Familien mindern, was für die Staatsanbeter der Linken unvorstellbar ist. In Frankreich hat dieses Modell übrigens zur höchsten Geburtenrate in Europa geführt.

Die Sozis wollen statt dessen, in alter DDR-Manier, die "strukturellen Maßnahmen" verbessern, als Kinderbetreuung schon gleich nach der Geburt, Kindertagesstätten, Kindergärten, staatlich-gleichgeschaltete Schulen und im Alter staatliche Betreuungsplätze für alte Menschen mit der Möglichkeit der Euthanasie, wenn die Alten zu teuer werden.

Der Haß der Sozis und der vereinigten Linken gegen die Familie muß entschlossen bekämpft werden. Keinen Fußbreit des staatlichen Ausbeutern der Familien und den Zerstörern von Recht und Ordnung!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. August 2014: >>**Megawattgroßer Forschungsbedarf**

"Power to Gas": Für eine erfolgreiche Energiewende fehlt noch die Speichertechnik
Erneuerbare Energien decken derzeit zu 27 Prozent unseren Strombedarf. Unglücklich und verschwenderisch ist jedoch das Nebeneinander der Erneuerbaren und der klassischen Kraftwerke. Letztere wollen die Betreiber nur ungern herunterfahren, weil sie in Schwächezeiten von Wind und Sonne nur mit Verzögerungen wieder einsatzbereit wären.

Die Folge: "Blackouts" durch Strommangel. Läßt man jedoch alles Mögliche an Stromversorgung parallel laufen, ist dies nicht nur unnötig teuer. Die zu bestimmten Zeitpunkten unzweifelhaft vorhandenen Ökostromüberschüsse würden ebenso das Netz gefährden. Paradoxe Folge: "Blackouts" durch Stromüberschüsse. Nur wenn es gelingt, die unzweifelhaft zu bestimmten Zeitpunkten vorhandenen Stromüberschüsse aus regenerativen Energieanlagen langfristig speichern und bei Bedarf kurzfristig abrufen zu können, wird die Energiewende zu einem sinnvollen und zukunftssträchtigen Projekt. Doch wie das Problem lösen?

Pumpspeichertechnik stößt an Grenzen

Die mit Abstand effektivsten Stromspeicher sind zur Zeit Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird überschüssiger Strom dazu verwendet, Wasser in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Wird Strom benötigt, läßt man das Wasser wieder abwärts in das Unterbecken schießen und auf dem Weg dahin eine Stromturbine antreiben. 30 Anlagen dieser Art sind in Deutschland in Betrieb. Vorwiegend in den Mittelgebirgsregionen, da es vor allem dort gute natürliche Voraussetzungen gibt. Der Wirkungsgrad liegt bei 60 bis 80 Prozent.

Der Deutschen Energie-Agentur (dena) zufolge handelt sich um die am besten entwickelte

Technologie zur Stromspeicherung. Sie sei wirtschaftlich und flexibel, da man mit ihr stunden genau auf Netzschwankungen reagieren könnte. Pech für die Deutschen: Der enorme Flächenverbrauch und ökologische Auswirkungen durch massive Landschaftseingriffe setzen der hochgradig effektiven Zukunftstechnik enge Grenzen.

Das Zauberwort für die Zukunft heißt "Power to Gas" - Strom in synthetisches Erdgas umwandeln. Dies betonte Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) während einer Expertenanhörung vor dem Umweltausschuß des Bundestages im April. "Power to Gas"-Technologie müsse gefördert werden, um mit Hilfe der Energiewende die starke Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten zu überwinden. Anke Tuschek vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schloß sich der Stoßrichtung an.

Hierfür muß Strom im Wege der Elektrolyse zunächst in Wasserstoff umgewandelt werden. Sodann erfolgt dessen Methanisierung zum synthetischen Erdgas. Dieses könnte in Erdgasleitungen gespeichert und verteilt werden. Die Infrastruktur hierfür ist in Deutschland teilweise bereits vorhanden. Neben 47.000 Kilometern Fernleitungen bestehen 50 unterirdische Gasspeicher, die 20 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs fassen könnten.

Aber der Forschungsbedarf beim "Power to Gas" ist noch sehr groß. Die alkalische Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung ist ein lange bekanntes, aber ebenso energieverschwenderisches Verfahren. Modernere Ansätze werden zur Zeit noch untersucht und sind - wenn überhaupt - nur in Kleinprojekten im Einsatz.

Bei der Methanisierung wird aus Wasserstoff (H₂) und Kohlenstoffdioxid (CO₂) bzw. Kohlenstoffmonoxid (CO) synthetisches Methan (CH₄) erzeugt. Genial: Das CO₂ aus Kohlekraftwerken könnte über den Umweg der umstrittenen CO₂-Speichertechnik Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erdgaserzeugung verwendet werden. Auch Biogasanlagen können das CO₂ liefern und werden dies wegen der Klimapolitik der Bundesregierung auch müssen - soll doch künftig möglichst keine Kohle mehr verbrannt werden. Obwohl die Methanisierung seit den siebziger Jahren als technisches Verfahren in der Industrie eingesetzt wird, ist laut dem für "Power to Gas" wegen besonderer Anforderungen an die Gasqualität eine Optimierung nötig. Selbst dann wird man noch vor dem Problem stehen, die entsprechenden Elektrolyseanlagen in das Stromnetz einzubinden.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestand unlängst ein, daß die Bundesregierung die Komplexität der Energiewende unterschätzt habe. Es sei ein Fehler gewesen, der Schnelligkeit den Vorrang vor der Planbarkeit gegeben zu haben. Im Bundestag sollte man aus dieser späten Erkenntnis endlich die Konsequenzen ziehen und in die Erforschung dieser für eine "saubere Stromerzeugung" unverzichtbaren Technologien investieren. So könnte die Energiewende in absehbarer Zukunft doch noch eine Erfolgsgeschichte werden, um die man uns im Ausland beneidet und nicht bemitleidet.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. August 2014 (x892/...): >>**Die deutsche Geschichte, die anderen und wir**

"Auch andere Länder bemühen sich um die Integration ausländischer Neubürger. Und auch sie benutzen dafür den Geschichtsunterricht. Um die Ankömmlinge für die neue Heimat zu begeistern, berichten sie ihnen von den Großtaten der Vorväter, von Helden, vergangenem Glanz und kulturellen Errungenschaften.

Manchmal werden auch weniger helle Punkte der eigenen Historie erwähnt, im Vordergrund aber steht immer das Strahlende. Schließlich ist der Zweck der Übung, daß sich die Einwanderer geradezu danach drängen, Teil ihres neuen Landes zu werden.

Über Deutschland könnten wir denen zum Beispiel erzählen, daß kein Volk der Welt so viel zur klassischen Musik beigetragen hat wie die Deutschen. Oder wie sich unsere Vorfahren über 2.000 Jahre hinweg erfolgreich gegen meist massiv überlegene Aggressoren gewehrt haben: Römer, Hunnen, Ungarn, Wikinger, Tataren, Dänen, Türken, Franzosen oder (etwa im

30-jährigen Krieg) auch gleich halb Europa. Daß wir trotzdem immer wieder aufgestanden sind und heute sogar als die Nummer eins in Europa gelten. Und daß Deutschland erst in der allerjüngsten Vergangenheit selbst Aggressor geworden ist. Daß es dies aber - im Gegensatz zu den allermeisten Aggressoren der Welt! - ernsthaft bereut.

Auch könnten wir den sagenhaften Beitrag der Deutschen zum technischen Fortschritt und zur Wissenschaft vor den Zuwanderern ausbreiten. Oder, daß man uns Pioniere des Umweltschutzes nennt und die bedeutendste Philosophen-Nation seit den alten Griechen und Römern. Daß unser Wappentier direkt auf den römischen Adler zurückgeht, wir also buchstäblich die Siegelbewahrer des antiken Abendlandes sind.

Ja, wir hätten den Neulingen einiges zu erzählen, und wir dürften zuversichtlich sein, daß sich viele unter ihnen unwiderstehlich angezogen fühlten. Davon sagen wir ihnen aber nichts. Statt dessen: Vernichtungslager, deutsche Verbrechen, deutsche Schuld. Eine Story zum Weglaufen. Daß die jungen Immigrantenkinder keinerlei Neigung verspüren, uns in diesen rabenschwarzen Abgrund hinterher zu springen, darf eigentlich nicht wundern. Da blicken sie lieber (je nach Charakter spöttisch oder mitleidig) auf uns hinab und sind froh, daß wir da unten allein bleiben." (Hans Heckel in seinem "Wochenrückblick" in der PAZ 34/14)<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. September 2014: >>>**Von der verlorenen Kunst des Friedensschließens**

Sieger oder Strafrichter: Stephan Elbern reflektiert über die diplomatische Fähigkeit, in der Neuzeit Kriege zu beenden

Krieg und Frieden sind die Aggregatzustände der Politik. Ihre Kunst besteht darin, im Interesse der Menschen und Völker mit diesen beiden Aggregatzuständen pfleglich umzugehen, den Frieden möglichst dauerhaft zu erhalten und den Krieg nach Möglichkeit einzuhegen.

Stephan Elberns neues Buch befaßt sich vor diesem Hintergrund mit Friedensschlüssen von der Zeit des alten Orients bis zum Frieden von Camp David (1978). Der Verfasser kommt zum Schluß, daß im Laufe des letzten Jahrhunderts die diplomatische Kunst, Kriege durch ein Abkommen zu beenden, das sowohl dem eigenen Vorteil als auch der Rückkehr zu normalen völkerrechtlichen Beziehungen dient, weitgehend verlorengegangen sei.

Solange überwiegend monarchische Staaten gegeneinander Krieg führten, blieb der gegenseitige Respekt der Kriegführenden erhalten. Die Verschwägerung nahezu aller Dynastien ließ ohnehin nur selten Erbitterung oder persönliche Abneigung aufkommen; man führte gleichsam Krieg in der eigenen Familie. Lediglich religiös oder sozial bedingte Kriege folgten anderen Gesetzen. Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648) suchte man dann auch - zunächst erfolgreich - den Krieg zu "domestizieren". Seitdem folgten die Kampfhandlungen festen Regeln, die im allgemeinen eingehalten wurden. Die Zivilbevölkerung war weitgehend vor Übergriffen geschützt.

Erst mit der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen kam zunehmend Haß zwischen den Kriegführenden auf. Zu einem systematischen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung kam es dann wieder im ideologisch geprägten Amerikanischen Bürgerkrieg, bei dem die siegreichen Nordstaaten die blühende Kultur und Zivilisation der Südstaaten weitgehend vernichteten. Dieser Krieg war zugleich die Blaupause aller künftigen US-Kriege, verbunden mit rücksichtslosem Verhalten gegenüber schutzloser Zivilbevölkerung, der Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" und der Kriminalisierung des unterlegenen Kriegsgegnere.

Auch in Europa steigerte sich im Zeitalter des Nationalismus der gegenseitige Völkerhaß in erschreckendem Maße. Hinzu kamen spätestens seit der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917 ideologische und damit religionsähnliche Gegensätze, die ein friedliches Nebeneinander unmöglich machten. Mit dem "Klassenfeind" waren ebenso wie mit den "Rassenfeind" oder dem "Feind der Demokratie" keine normalen Beziehungen zu pflegen.

Damit wurde aber nicht die Wiederherstellung des Friedens, sondern die Vernichtung oder

zumindest "Bestrafung" des Gegners zur Hauptsache der "modernen Glaubenskriege". Zugleich ging damit aber auch die politische und diplomatische Kunst dauerhafter und gerechter Friedensschlüsse verloren. Denn ein einvernehmliches Miteinander ist nur dann möglich, wenn man den Vertragspartner als gleichberechtigt ansieht und auch ihm legitime Interessen zubilligt.

Bestes Beispiel für einen derartigen ungerechten Nichtfriedensschluß ist der Vertrag von Versailles 1919, der eine wichtige Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und den verheerenden Zweiten Weltkrieg setzte. Auch der Friedensvertrag zwischen den USA und dem besiegten Japan von 1952 gab Japan nur scheinbar seine volle Souveränität zurück. Die Weitergeltung der "UN-Feindstaatenklausel" und die Sonderrechte der weiter in Japan stationierten US-Truppen zeigen die Grenzen japanischer Souveränität nur allzu deutlich auf. So können US-Soldaten von keinem japanischen Gericht belangt werden. Bis heute kommt es hier immer wieder zu sexuellen Übergriffen auf einheimische Frauen und Mädchen, die straflos bleiben.

Mit den meisten ihrer Kriegsgegner hatten die Alliierten bereits 1947 in Paris Frieden geschlossen. 1955 gab ein Staatsvertrag Österreich seine Freiheit zurück. Nur Deutschland wartet noch heute auf ein Friedensabkommen - fast 70 Jahre nach Kriegsende. Auch gegenüber Deutschland gilt die "Feindstaatenklausel" weiter. Was die 1990 dem vereinten Deutschland zurückgegebene "volle Souveränität" wert ist, zeigt sich gerade aktuell an der Ausspähung durch die US-Geheimdienste, die Deutschlands fehlende Gleichwertigkeit aus US-Sicht gnadenlos offenlegt.

Entstanden ist ein historisches Lesebuch mit erfrischend zeitkritischen Anmerkungen, das jedem Geschichtsinteressierten empfohlen werden kann.

Stephan Elbern: Frieden - eine verlorene Kunst. Von Kadesch bis Camp David. Nünnerich-Asmus Verlag, Mainz 2014, gebunden, 200 Seiten, Abbildungen ...<<

Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 8. Oktober 2014: >>"Die DDR als Diktatur und Unrechtsstaat"

Der Politikwissenschaftler und scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Hans-Joachim Veen, erläutert in einem Gastbeitrag, warum die DDR für ihn ein Unrechtsstaat war.

Der Politikwissenschaftler Hans-Joachim Veen war 12 Jahre lang Vorsitzender der Stiftung Ettersberg. Unter seiner Leitung übernahm die Stiftung die Verantwortung für die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt. Veen moderierte den Geschichtsverbund Thüringen und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beratungsgremiums des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen.

In jüngster Zeit ist der Begriff des "Unrechtsstaates" für die DDR kontrovers diskutiert worden. Lassen Sie mich deshalb zunächst etwas genauer auf diesen Begriff eingehen, der übrigens in der frühen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur schon gelegentlich verwandt wurde, aber seit den 1960er-Jahren nicht mehr auftauchte. Das mag auch damit zusammenhängen, daß der Begriff des Unrechtsstaates kein präziser Begriff der Staatsformenlehre oder auch der Diktaturtheorie ist, sondern ein mehrdeutiger Begriff, der subjektiv unterschiedlich verstanden wird.

Wesentlich ist zunächst, daß, um den Begriff überhaupt auf einen Staat anwenden zu können, das Unrecht grundlegend sein und systematisch praktiziert werden muß. Das politische System als Ganzes muß vom Unrecht durchzogen und geprägt sein. Galt das für die DDR oder gab es nur gelegentliches Unrecht oder nur für einige wenige?

Die Dimensionen des Unrechtsstaates

Das kennzeichnet einen Unrechtsstaat:

- a) das Fehlen grundlegender individueller Menschen- und Freiheitsrechte,
- b) fehlende Freizügigkeit, keine Meinungsfreiheit, keine legale Oppositionsmöglichkeit,

- c) das Einsperren der Menschen bei Gefahr ihrer Tötung, wenn sie den Staat verlassen wollen,
- d) kein Schutz gegen Verwaltungswillkür, keine Verwaltungsgerichte,
- e) keine Gewaltenteilung, keine unabhängige richterliche Gewalt zum Schutz der Rechte des Einzelnen,
- f) die Ausbürgerung von Menschen und der Entzug ihrer bürgerlichen Rechte,
- g) das Fehlen freier Wahlen, keine Entscheidungsrechte des Volkes,
- h) keine demokratische Legitimierung der Herrschaft auf Zeit, sondern eine ideologische Legitimierung der Herrschaft auf unbegrenzte Zeit - die absolute Herrschaft einer Partei und die Ausbildung einer Einparteien-Diktatur,
- i) ein Geheimdienst, der außerhalb des Rechts steht und Menschen unbegrenzt, ungehemmt und unkontrolliert bespitzeln, verfolgen, zersetzen und sogar töten kann,
- j) eine parteiliche Rechtsprechung, die die Justiz als Instrument der Partei begreift,
- k) schließlich ein ausuferndes politisches Strafrecht und Staatsschutzstrafrecht mit Gummiparagraphen, die den Einzelnen sehr rasch und willkürlich ins Unrecht setzen und Strafverfolgung und Schikane ermöglichen.

In der Rechtspraxis der DDR bedeutete dies zum Beispiel, daß Ausreisebegehren einer zunehmenden Zahl von Bürgern von der DDR-Strafgesetzgebung, sofern ohne Erlaubnis in die Tat umgesetzt, als "staatsfeindlicher Menschenhandel" (§ 105 StGB DDR) oder "ungesetzlicher Grenzübertritt" (§ 213 StGB DDR) mit Strafe bedroht wurden.

Die organisierte Aktivität von Bürgern mit oppositionellen oder (system)kritischen Zielen war u.a. strafbar als "verfassungsfeindlicher Zusammenschluß", "Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele" (§§ 107, 218 StGB DDR).

Grenzüberschreitende Kommunikation mit westlichen Institutionen und Personen konnte als "Landesverrat", insbesondere in Form "landesverräterischer Nachrichtenübermittlung", "landesverräterischer Agententätigkeit", "ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" (§§ 98 ff., 219 StGB DDR) bestraft werden.

Demonstrativer Protest und Widerstand konnten u.a. als "Widerstand gegen staatliche Maßnahmen", "Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit" oder einfach als "Rowdytum" oder "Zusammenrottung" inkriminiert (§§ 212, 214, 215, 217 StGB DDR) werden.

Die Inanspruchnahme des Rechts auf Meinungsfreiheit auch in Form von Staats-, Partei- und Politikkritik wurde als "staatsfeindliche Hetze" und "öffentliche Herabwürdigung" verfolgt (§§ 106, 220 StGB DDR).

Läßt man die aufgeführten Charakteristika eines Unrechtsstaates Revue passieren, kann man mit Fug und Recht, angefangen von der grundlegenden Mißachtung von Menschen- und Freiheitsrechten und rechtsstaatlichen Grundsätzen durch die Justiz bis hin zur absoluten Herrschaft einer Partei und der Bespitzelung, Verfolgung und Zersetzung widerständiger Menschen, die DDR als einen Unrechtsstaat bezeichnen.

Sie war es grundlegend und in vielfacher Hinsicht, auch wenn es Felder gegeben hat, in denen kein systematisches Unrecht bestand, im Sozial-, im Familien-, im Wirtschaftsrecht zum Beispiel.

Aber das ändert nichts an dem fundamental menschenrechts- und lebensverachtenden Charakter des gesamten Herrschaftssystems und der Herrschaftspraxis unter Führung der SED.

Allerdings bleibt der Begriff des Unrechtsstaates vieldimensional und vieldeutig, manchen ist er zu schwach, manchen zu umfassend, jeder kann sich unter diesem Begriff etwas anderes vorstellen. Deshalb halte ich es für sinnvoller, mit Blick auf die DDR von einer Diktatur zu sprechen, genauer gesagt, von einer Einparteien-Diktatur.

Was kennzeichnet die Diktatur in der DDR?

Eine schlichte Brockhaus-Definition bezeichnet Diktatur als "eine auf unbegrenzte oder

unbestimmte Dauer angelegte, besonders als Gegensatz zur Demokratie begriffene Herrschaftsform. Sie steht, je nach dem Grad des Autoritarismus in enger Verwandtschaft zum autoritären Staat bzw. zum totalitären Staat. Die konkreten Erscheinungsformen der Diktatur sind sehr vielfältig ..."

Wesentliche Kennzeichen einer Diktatur sind:

- a) das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und die ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
- b) das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d.h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
- c) die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaates mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
- d) der Einsatz terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel-, und Unterdrückungsapparates;
- e) eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschaftsideologie.

Im Gegensatz dazu läßt sich die Demokratie knapp kennzeichnen als ein politisches System mit Grund- und Freiheitsrechten, die die Staatsgewalt begrenzen, mit periodischen freien Wahlen und Herrschaft auf Zeit, mit frei konkurrierenden Parteien und Interessenpluralität, mit Gewaltenteilung und mit Rechtsstaatlichkeit.

In der Kontroverse über die Bezeichnung "Unrechtsstaat" für die DDR kam seitens der Partei Die Linke das Gegenargument, daß die DDR doch eine Verfassung gehabt habe und daß es Wahlen und eine Volkskammer gegeben habe. Das ist richtig, entkräftet aber nicht das Faktum, daß die Wahlen nicht nur nicht geheim und frei, sondern praktisch öffentlich waren und daß es vor allem keine Wahlalternativen gegeben hat, sondern seit den ersten Volkskammerwahlen 1950 nur einer Einheitsliste der Nationalen Front mit allen Parteien und Massenorganisationen zugestimmt werden konnte oder nicht.

Die Wahlen waren eine Farce und ihre Ergebnisse standen schon vorab fest, weil alle Parteien und Massenorganisationen ihre Sitze in der Volkskammer nach einem festen Schlüssel zugeteilt bekamen. Die Volkskammer, die nur wenige Tage im Jahr tagte, war dementsprechend eine bloße Abstimmungsmaschine, die die Vorlagen der SED abzusegnen hatte.

Über die Zahl der Wahlverweigerer und derer, die die Einheitsliste abgelehnt haben, haben wir keine genauen Zahlen. Wir wissen nur, daß die Wahlergebnisse immer gefälscht waren. Dies konnte im Mai 1989 bei den Kommunalwahlen erstmals eindeutig nachgewiesen werden und führte zu öffentlichen Protesten. Daß es eine Verfassung gab, sagt noch nichts über den Charakter dieser Verfassung aus. Die zweite Verfassung der DDR von 1968, grundlegend revidiert 1974, verstand sich explizit als "sozialistische Verfassung", die nach offizieller Lesart die "Diktatur des Proletariats" sichern wollte. In ihrem Artikel 1 formuliert sie das Staatsziel und begründet den Monopolananspruch der SED auf die Führung.

Das Rechtsverständnis der DDR

Das Recht in der DDR verstand sich ausdrücklich als "sozialistisches Recht". Was das bedeutet, wird deutlich, wenn man es mit den Rechtsprinzipien der liberalen Demokratie vergleicht. In der liberalen Demokratie hat das Recht immer die Funktion, dem Staat oder anderen Mächten, Wirtschaftsmächten zum Beispiel, oder auch anderen Menschen Grenzen zu setzen und das Individuum vor dem Machtmißbrauch durch andere zu schützen.

Entsprechende Artikel gibt es in der DDR-Verfassung nicht, an die Stelle des souveränen Volkes, das in Wahlen und Abstimmungen seinen Willen äußert, tritt der ideologisch begründete absolute Führungsanspruch der Partei. Individuelle vorstaatliche Grundrechte werden nicht garantiert, außer dem Recht auf Religionsfreiheit.

Doch wer dieses Recht in Anspruch nahm, wurde diskriminiert und um berufliche Chancen gebracht. Meinungsfreiheit wird nur "im Rahmen der Verfassung" gewährt, d.h. durch den Führungsanspruch der Partei konterkariert.

Für die DDR galt, wie für andere sozialistische Staaten auch, eindeutig der Primat der Politik gegenüber dem Recht. Eine unabhängige richterliche Gewalt gab es in der DDR nicht, und das bedeutete, daß der Rechtsschutz der Bürger bis zum Schluß unterentwickelt blieb.

Durch das politische Strafrecht waren der Repression Tür und Tor geöffnet, zumal im Anschluß an die Haftstrafen, die gegen Andersdenkende und Oppositionelle verhängt wurden, noch zusätzliche weitere sog. Kontrollmaßnahmen, eine Art zweiter Bestrafung, verhängt werden konnten. So konnten die Menschen langjährig schikaniert werden.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. November 2014 (x892/...): >>"Grüner" Terror gegen Eltern

In den Bundesländern, in denen die sogenannten "Grünen" regieren, wird der Kampf gegen Eltern, gegen Väter, Mütter und Kinder, mit allen Mitteln durchgezogen. In Baden-Württemberg und Niedersachsen kämpfen die "Grünen" um die Durchsetzung ihres Sexualkundeunterrichts und zwar gegen den Willen und gegen das verfassungsmäßige Erziehungsrecht der Eltern. In dieser Sexualisierung kleiner Kinder haben sie den Hebel zur Revolution der Gesellschaft entdeckt. Wenn man diesen Sexualkundeunterricht ansieht, dann weiß man was die Entschuldigung für die Pädophilie-Beschlüsse der Grünen in den 1980er Jahren wert sind: nichts!

In einem Beitrag für die TAGESPOST vom gestrigen Tag (13.11.2014, Seite 2) schreibt Jürgen Liminski: "Die Eltern werden nicht gefragt, ob sie ihre Kinder in den "professionellen Händen" der Freiberufler wissen wollen. Eltern gelten solchen Pädagogen sowieso als Hindernis der Emanzipation. Sie werden mit der Keule der Antidiskriminierung in Schach gehalten nach dem Motto: Wer gegen die sexuelle Vielfalt (konkret: Perversion) und damit gegen das Niederreißen aller Schamgrenzen und Natürlichkeit ist, der diskriminiert."

Die "Grünen" unterscheiden sich in ihren Methoden nicht von denen anderer totalitärer Ideologen, wie der Kommunisten und nationalen Sozialisten: die Eltern werden ihres grundlegendsten Rechtes beraubt und die Kinder einer staatlichen Indoktrination unterzogen. Doch schlimmer als eine bewußtseinsmäßige Indoktrination durch die Vermittlung einer faschistischen oder kommunistischen Ideologie ist es, wenn man die Kinder direkt in ihrer Person angreift.

Und genau dies geschieht in der Sexualerziehung, bei der den Kindern ihre natürliche Scham ausgetrieben wird, in der bewußt Verwirrung gestiftet werden soll über das Geschlecht, in der jede biologische Eindeutigkeit verwischt werden soll. Das alles im Dienst der vollständigen Zerstörung der Persönlichkeit, um diese Kinder für die Perversion der grün-roten Ideologie verfügbar zu machen. Zu den Gruppierungen, die die grün-roten Regierungen mit dem Sexualkundeunterricht beauftragen wollen, so berichtet Liminski in DIE TAGESPOST, gehören das Netzwerk SchLAu (= SchwullesbischeBi-Trans-Aufklärung) und, wie sollte es anders sein, die Abtreibungsorganisation Pro Familia und sogenannte "freiberufliche Sexualpädagogen".

Wer legt diesen "grünen" Ideologen, diesen Feinden des Naturrechts, diesen Feinden der Familie, der Ordnung und Freiheit das Handwerk? Wann verstehen die Menschen endlich, daß hinter den "Grünen" eine totalitäre und menschenverachtende Ideologie steht, die diese Partei mit allem Mitteln durchsetzen wird? Und das geschieht mit der Methode, daß Menschen, die sich gegen die Angriffe der "Grünen" und ihrer Hilfstruppen wehren, kriminalisiert werden: Stichwort Antidiskriminierung. Dabei sind die "Grünen" die schlimmsten Diskriminierer: sie haben die ganze Gesellschaft gespalten und arbeiten weiter daran, diese Spaltung in die Familien hineinzutragen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>Stalin und die Chance zur Einheit

_ von Klaus Höpcke

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.

Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

"Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."

Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmals wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienenen Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven, vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).

Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welcher bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emis-

säre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.

Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerung und Erwartung deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.

So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.

Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:

In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.

Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können. Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent" angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden. Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig

offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. ...

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.

Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). ... Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.
- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<